

Die



Alpenkonvention

Nachhaltige Entwicklung für die Alpen



Liebe Leserin, lieber Leser!

Schlechte Nachrichten für den Lebensraum Alpen hat es in den letzten Wochen und Monaten leider zur Genüge gegeben. Zum Beispiel die verschiedenen Klimaprognosen. Es wag zwar sein, dass andere Weltregionen unter dieser von Menschen verursachten Katastrophe mit Anlauf noch mehr zu leiden hätten. Aber die Perspektiven sind auch für den Alpenraum bei einem durchschnittlichen Szenarien entsprechenden Temperaturanstieg von vier Grad alles andere denn rosig.

Da mutet es schon seltsam an, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel den von ihr erzielten Kompromiss beim G8-Gipfel als einen „sehr großen Fortschritt“ bezeichnet und für ein „sehr gutes Ergebnis“ hält. Die Formulierung, man „ziehe in Betracht, die CO₂-Emissionen bis 2050 um 50 Prozent zu reduzieren“ ist von Umweltorganisationen zu Recht als zynisch kritisiert worden. Vergleichbares wurde fast zeitgleich auch hierzulande ausgesprochen. Als der EU-Koordinator für den Brenner-Basis-Tunnel (BBT) Karel van Miert Tirol besuchte, um für das Projekt Propaganda zu machen, formulierte er als Ziel für den BBT, dieser möge „den Zuwachs des Lkw-Transitverkehrs über den Brenner verlangsamen“. Die gegenwärtige Verkehrspolitik hat als Lösung für das akute Transitproblem fast nichts anzubieten und sieht ihr Heil in ei-

nen Tunnel, der frühestens in 15 Jahren in Betrieb gehen könnte und der hat dann das Ziel „den Zuwachs auf der Straße zu verlangsamen“. Also, wenn das nicht zynisch ist, was dann?

Schwerpunkt dieser Ausgabe des Alpenkonvention-Newsletter ist ein Interview mit Marco Onida. Knapp ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt als Generalsekretär des Ständigen Sekretariats haben wir den aus dem italienischen Aostatal stammenden Umweltjuristen in seinem

Editorial Büro unter Innsbrucks Goldenem Dachl besucht. In Innsbruck hat sich Onida schon gut eingelebt, er bezieht gerade eine Wohnung unweit seines Arbeitsplatzes in der Altstadt und seine guten Deutschkenntnisse sind in den letzten Monaten hervorragend geworden.

Das Hauptinteresse im Gespräch war darauf gerichtet Onidas Amtverständnis als Generalsekretär nachzufragen, von ihm zu erfahren was er als seine vorrangigen Aufgaben betrachtet und welches Potenzial aus seiner Sicht in der Alpenkonvention und ihren Protokollen steckt. Es war ein gutes und interessantes Gespräch in einem offenem Klima. Aber lesen Sie selbst nach, ob der Wunsch nach einem „Anwalt der Alpen“ realistisch ist und ob Onida diese Rolle einnehmen kann und will.

Hannes Schlosser



Nummer 46
Sommer 2007

Editorial

Nachhaltiger Tourismus als
französischer Schwerpunkt

Ein Anwalt der Alpen
Hannes Schlosser im Gespräch
mit Marco Onida

Bergpartnerschaften mit
konkreten Ergebnissen

Literatur und Medienhinweise

Impressum

Blattlinie und Erscheinungsweise:
Fachinformation zur Alpenkonvention
Erscheint quartalsweise
Herausgeber und Medieninhaber:
Alpenkonventionsbüro der CIPRA-Österreich
im



Redaktion:
Hannes Schlosser
Redaktionsbeirat:
Peter Haßbacher (OeAV)
Ewald Galle (BMLFUW)
Kontaktadresse und Redaktionsanschrift:
Alpenkonventionsbüro der CIPRA-Österreich
c/o Oesterreichischer Alpenverein
Wilhelm-Greif-Strasse 15, Postfach 318,
A-6010 Innsbruck
Tel. +43/(0)512/59 547-27
Fax +43/(0)512/59 547-40
E-mail: raumplanung.naturschutz@alpenverein.at
Internet: www.cipra.at
Layout:
Josef Essl (OeAV)



Nachhaltiger Tourismus als französischer Schwerpunkt

von Ewald Galle¹



Der 35. Ständige Ausschuss der Alpenkonvention vom 2. bis 4. Mai 2007 in Lanslebourg, erstmals unter französischem Vorsitz, stand im Zeichen der Fortführung der in der Alpbacher Ministerkonferenz beschlossenen Arbeitsvorhaben, wie der Annahme des ersten Beitrages eines Alpenzustandsberichtes zum Bereich Verkehr und Mobilität, aber auch des Beginns neuer Vorhaben, wie etwa die Ausarbeitung eines Aktionsplanes zum Klimawandel im Alpenraum.

Auf besonderes Interesse stieß dabei die erste, von Frankreich initiierte Schwerpunktveranstaltung zum Thema Nachhaltiger Tourismus im Alpenraum. Zum einen bedeutete dies die Fortführung der unter österreichischem Vorsitz erstmalig durchgeführten Idee einer vertieften Behandlung von sensiblen und tagespolitisch aktuellen Fragestellungen. Zum anderen beabsichtigt Frankreich, sich ausschließlich diesem besonderen Schwerpunktbereich zu widmen und plant dazu eine Reihe von Veranstaltungen.

Den Auftakt bildeten drei sehr unterschiedliche Vorträge, anlässlich der angeführten ersten Sitzung des Ständigen Ausschusses. Die Eröffnung oblag Herrn Prof. Bernard Debarbieux von der Universität Genf, der in gewohnt provokanter Art über die Attraktivität der Alpen referierte und dabei ungewöhnliche Denkan-

sätze aufzeigte. Weiters gab es ein kritisches Referat von Herrn Präsidenten Dominik SIEGRIST und Herrn Alexandre MIGNOTTE (beide von der CIPRA) zum Fragen des Wandels im Wintertourismus. Als dritter Referent warf schließlich Herr Ruggero SCHLEICHER-TAPPESER, Senior Adviser im Ständigen Sekretariat der Alpenkonvention, unter dem Vortragstitel „Auf die neuen Herausforderung

im Tourismus in den Alpen reagieren: Bestrebungen, Chancen und Schwierigkeiten der Kooperation angesichts der Vielfalt des Alpenraums“ zahlreiche Fragen auf und versuchte dabei, das Potenzial der Alpenkonvention in den Vordergrund zu rücken.

Mosaikstein zum Aktionsplan Klimawandel

Diese Stoßrichtung greift auch ein für Dezember 2007 vorgesehenes Seminar zur Identifizierung von vorbildlichen Maßnahmen im Tourismusbereich zur Vermeidung bzw. Minderung der Folgen des Klimawandels auf. Unter enger Einbeziehung der Vertragsparteien und unter Beachtung der diversen Aktivitäten auf diesem Gebiet soll diese Veranstaltung den so schwierigen Aspekt des Klimawandels besonders ausleuchten und damit hoffentlich auch einen Mosaikstein zum Aktionsplan Klimawandel im Alpenraum einbringen.

Überhaupt ist das Thema des Nachhaltigen Tourismus im Alpenraum ein Bereich, der ob seiner Komplexität und seiner Interdependenzen eine Vielzahl von Fachbereichen

innerhalb der Alpenkonvention und damit viele Protokolle berührt. Dass damit dem integrativen, bereichsübergreifenden Grundansatz der Alpenkonvention wieder einmal Rechnung getragen wird, ist eine weitere positive Begleiterscheinung.

Damit eröffnet eine solche Veranstaltungsreihe mit stets vertiefenden und die vielfältigsten Facetten erfassenden Referaten zu diesem gemeinsamen Rahmenthema eine einmalige Gelegenheit, Antworten darauf zu finden, was die Alpenkonvention und ihre Protokolle anbieten könnten, um den oft divergierenden Fragestellungen und immanenten Nutzungskonflikten zu begegnen. Am Ende einer derartigen Vortrags- bzw. Diskussionsoffensive sollten Optionen vorliegen, welche die Potenziale der Alpenkonvention im Bereich des nachhaltigen Tourismus im Alpenraum aufzeigen.

Der französische Alpenkonventionsvorsitz hat sich mit diesem sensiblen Thema eine sehr ambitionierte Aufgabe gestellt, die nicht ergebnislos bleiben darf, sondern alle einen



Schritt weiter bringt und im Zusammenspiel aller Akteure und Parteien beweist, dass die Alpenkonvention und ihre Durchführungsprotokolle hervorragend dafür geeignet sind, aktuellen Frage- und Problemstellungen zu begegnen und als Fundgrube für Antworten, Ideen und Projekte zu fungieren.

¹ Der Autor ist Mitarbeiter im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung V/9 - internationale Umweltangelegenheiten; Wien.



Ein Anwalt der Alpen

Im November 2006 hat die Ministerkonferenz in Alpbach Marco ONIDA zum neuen Generalsekretär der Alpenkonvention gewählt. Der 40-jährige Umweltjurist stammt aus dem italienischen Aostatal und war zuletzt als EU-Beamter in Brüssel mit Vertragsverletzungsverfahren befasst. Hannes SCHLOSSER hat ihn an seinem neuen Arbeitsplatz unter dem Goldenen Dachl aufgesucht und mit ihm über sein Amtsverständnis, die Rolle des Ständigen Sekretariats und die Perspektiven der Alpenkonvention gesprochen.



Hannes Schlosser: Sie haben zu Jahresbeginn ihr Amt als Generalsekretär der Alpenkonvention in Innsbruck angetreten. Gibt es vorrangige, kurzfristige Ziele?

Marco Onida: Ja, die gibt es und ein Teil davon ist schon erfüllt. Das Ständige Sekretariat der Alpenkonvention ist 2002 gegründet worden und wenn ich dieses Sekretariat mit einer Maschine vergleiche, dann hat diese aus verschiedenen Gründen nicht immer gut funktioniert. Mein kurzfristiges Ziel war die Verbesserung der Leistungsfähigkeit dieser Maschine. Dazu brauchen wir einige Korrekturen und kleine Maßnahmen, aber der wichtigste Teil ist erledigt. Wir haben jetzt eine Außenstelle in Bozen, wo seit 1. Mai zwei Leute für uns arbeiten. Voraussetzung dafür war ein neuer Vertrag mit Italien, der am 16. April unterschrieben worden ist. Das waren schwierige Verhand-

lungen während der letzten zwei Jahre und vielleicht hat geholfen, dass ich italienischer Staatsbürger bin. Wir bekommen bereits Ressourcen für Bozen, die wissenschaftliche Seite der Alpenkonvention kann jetzt gut arbeiten. Eine bisher vom Bayerischen Umweltministerium geführte Datenbank wird nun nach Bozen transferiert. Eine andere wichtige institutionelle Ebene betrifft unsere Zweigstelle Chambéry in Frankreich. Dort haben wir die „Task Force ALP-ARC“, ein Team von fünf Leuten. Sie beschäftigt sich mit den Schutzgebieten und sind zuständig für die Umsetzung des Artikel 12 im Naturschutzprotokoll und allem, was mit der Artenvielfalt zu tun hat.

Sie sind jetzt ein Teil der Alpenkonvention. Damit sind institutionelle Fragen verbunden. Deshalb muss ich oft juristisch kreativ sein, damit das Team gut arbeiten kann.

Mein Ziel für 2007 ist, dass die Maschine Alpenkonvention mit voller Geschwindigkeit läuft. Wir haben sechs Leute in Innsbruck beim Ständigen Sekretariat, fünf in Chambéry und nächstes Jahr drei in Bozen.

Erster Alpenzustandsbericht

Schlosser: Bei der Ministerkonferenz im November 2006 in Alpbach ist es auch um eine rasche Fertigstellung des ersten Alpenzustandsberichts gegangen. Wie steht es damit?

Onida: Es lag in Alpbach noch kein endgültiger Text vor und wir haben jetzt drei Monate intensiv daran ge-

arbeitet. Jetzt ist die englische Version fast fertig, sie kommt noch im Juni auf unsere Website. Die Übersetzung in die vier Sprachen der Alpenkonvention folgt im Sommer. Das ist der erste Alpenzustandsbericht, eines der wichtigsten Instrumente der Alpenkonvention.

Schlosser: Das Thema dieses Berichts ist der Verkehr.

Onida: Ja. Der Alpenzustandsbericht war zunächst ein theoretisches Konzept. Als die Arbeit dazu aufgenommen wurde, hat man rasch erkannt, dass ein Bericht über alle Bereiche auf einmal, zu viel wäre. Daher hat man beschlossen, regelmäßig einen anderen Bereich vorzulegen. Heuer ist das „Verkehr und Mobilität“, 2008 ist „Wasser“ an der Reihe und unser Team in Bozen arbeitet bereits daran. Beim Thema Wasser geht es unter anderem um die Gletscher, Schnee und Energie.

Schlosser: Hat die mit ihnen in Alpbach gewählte Vizeregeneralsekretärin Regula Imhof schon ihrer Tätigkeit aufgenommen?

Onida: Sie ist seit April angestellt und ihre Arbeitsschwerpunkte sind alle wissenschaftlichen Themen. Regula Imhof arbeitet auch hier im Ständigen Sekretariat in Innsbruck.

Schlosser: Wie sehen sie die Rolle des Ständigen Sekretariats?

Onida: Es gibt verschiedene Meinungen bei den Vertragsparteien. Einige sagen, ihr sollt bei der Umsetzung des mehrjährigen Arbeitsprogramms total unabhängig sein, ohne viel Einfluss von den Vertragsparteien. Andere sagen, das ist ein Sekretariat, das versendet Dokumente, koordiniert, organisiert Sitzungen, aber die allgemeine Verantwortlichkeit bleibt beim jeweiligen Vorsitzland, derzeit also Frankreich. Es gibt diese unterschiedlichen Positionen. Ich bin der Meinung, wir können beides machen.

Schlosser: Es gibt die Kritik, das Ständige Sekretariat sei zu wenig bekannt und zu bürokratisch ausgerichtet.

Onida: Die Antwort ist kompliziert. Es gibt viel bürokratische Arbeit zu tun. Ich war selber die ersten Monate absichtlich ein Soldat und kein General. Ich habe persönlich teilgenommen an der Vorbereitung des Ständigen Ausschusses im April und das hat für mehr als ein Monat hundert Prozent unserer Ressourcen absorbiert. Das passiert zwei Mal im Jahr und das ist keine sichtbare Arbeit. Das sehen nur die Leute, die an der Sitzung teilnehmen. Wir haben aber auch noch andere Sitzungen, Arbeitsgruppen, den Überprüfungsausschuss und so weiter vorzubereiten - das ist die Funktion eines Sekretariats.

Eine andere Sache ist, dass bisher zu wenig offene Kommunikation gemacht worden ist. Ein gutes Beispiel ist unsere Website, die bisher nicht sehr attraktiv gestaltet war. Wir planen künftig auch regelmäßige Pressekonferenzen. Eine demnächst in Inns-

bruck, wenig später in Bozen und Slowenien. Wir haben die Idee, die höchsten Berggipfel der Alpenländer zu besteigen, um beim Triglav, Mont Blanc, der Zugspitze und dem Großglockner zu präsentieren, was wir tun.

Wir haben in der Vergangenheit zu wenig getan für Kommunikation und haben auch keinen Spezialisten dafür im Sekretariat, aber das kann sich ja ändern.

Ein Anwalt der Alpen?

Schlosser: Geht ihr Amtsverständnis in die Richtung, ein Anwalt der Alpen zu sein?

Onida: Da klingt schön und wir wollen diese Kompetenz auch wahrnehmen. Aber das hängt von den Vertragsparteien ab. Ich werde oft gefragt, was gegen ein bestimmtes Projekt getan werden kann. Sicher,

wir haben in der Alpenkonvention und den Protokollen Regeln, wir haben auch ein Verfahren falls die Regeln nicht respektiert werden, aber wir sind kein Ersatz für die zuständigen Behörden. Ich habe als EU-Beamter lange mit Vertragsverletzungsverfahren gearbeitet und sehe ganz klar die Unterschiede zwischen dem EU-Recht und dem Völkerrecht, zu dem die Alpenkonvention gehört. Im EU-Recht haben wir einen Gerichtshof, der schwere Strafen verhängen kann, das existiert nicht in der Alpenkonvention. Wir könnten beraten und kooperieren, die Behörden von guten Wegen überzeugen, aber wir haben keine Rolle als Hüterin des Alpenkonventionsrechts.



Schlosser: Wollen sie das Tempo im Prozess der Alpenkonvention erhöhen?

Onida: Natürlich. Schneller und besser. Aber es gibt auch eine andere Seite. Die Neunzigerjahre waren die Zeit der Protokolle. Alle zwei, drei Jahre gab es ein neues Protokoll. Daher ist es mir lieber, etwas schon existierendes gut anzuwenden und umzusetzen, als etwas Neues zu entwickeln. Die Alpenkonvention ist relativ reich an rechtlichen Maßnahmen, aber von einigen Vertragsparteien relativ schlecht umgesetzt.

Wir arbeiten jetzt an einem Aktionsplan Klimawandel, möglich wäre auch ein Protokoll. Ein Aktionsplan ist weniger verbindlich, aber unmittelbarer anwendbar. Wir wollen die lokalen Behörden in diesen Prozess einbinden und Best Practices für die Anpassung an den Klimawandel verbreiten.

Schlosser: Sie gehen davon aus, dass in den Protokollen viel an Substanz steckt?

Onida: Ja das ist richtig. Es sind völkerrechtliche Protokolle, die sind immer ein bisschen von theoretischer Natur. Ich finde, es ist relativ unbekannt, was in den Protokollen steht.

Ratifizierungen erwartet

Schlosser: Was kann zum Beispiel das Verkehrsprotokoll leisten?

Onida: Wenn wir endlich zur Ratifizierung durch Italien kommen, dann haben wir den großen Vorteil, dass keine großen alpenquerenden Straßen mehr gebaut werden dürfen. Das steht im Artikel 11 des Verkehrsprotokolls und ist ein Mehrwert.

Ein Problem ist, dass es viele Inhalte der Protokolle auch schon im EU-Recht gibt. Das ist der Grund, warum die EG an der Alpenkonvention nicht so interessiert ist. Aber das ist nicht immer richtig, wie der Artikel 11 im Verkehrsprotokoll belegt.

Schlosser: Gehen sie davon aus, dass Italien demnächst ratifiziert?

Onida: Ich habe fast jede Woche Kontakt und versuche ein bisschen Druck zu machen. Ich hoffe, dass die Ratifikation am Ende des Sommers erledigt ist. Aber solange ich das nicht sehe, glaube ich es nicht.

Schlosser: Und die Ratifizierung des Verkehrsprotokolls durch die EU?

Onida: 2006 hat der EU-Rat vier Protokolle ratifiziert, der Verkehr fehlt. Ich hoffe, dass das jetzt schnell passiert, weil Unterzeichnung ohne Ratifizierung macht keinen Sinn. Ich erwarte diesen entscheidenden Schritt zur Verbindlichkeit im Laufe des Jahres.

Schlosser: In Tirol sind die Konflikte um die vom Verkehr ver-





gig von den Vertragsparteien ist. Ich habe keinen so unabhängigen Status, wie die EU-Kommission. Wir haben unsere Stimme in technischen Fragen, aber bei politischen Themen müssen wir überlegen, ob das nützlich oder kontraproduktiv ist. Ich möchte keine falschen Hoffnungen erwecken und nicht sagen, ja ich bin ein Generalsekretär, der die Fahne der nachhaltigen Entwicklung voranträgt und gegen die Lkw kämpft. Ich möchte ehrlich sein. Wir sind ein Sekretariat, das nicht viel Macht hat. Wir können gerne als Beratungsbüro funktionieren und erklären, was das Ziel der Alpenkonvention ist und ich kann auch meine Meinung in einer Zeitung sagen.

Wichtige Rolle der NGOs

ursachen Grenzwertüberschreitungen ein Dauerthema. Steht die Alpenkonvention dabei außen vor oder kann sie etwas beitragen?

Onida: Aktuell dreht sich die Auseinandersetzung ja um das von Tirol geforderte sektorale Fahrverbot, mit dem bestimmte Güter von der Strasse verbannt werden sollen. Sollte die Kommission jetzt dagegen entscheiden, kann Österreich um das Fahrverbot kämpfen. Die Kommission ist nicht die letzte Stimme der EU. Wir hatten in letzter Zeit einige gute Beispiele, wo der Europäische Gerichtshof die Umweltseite unterstützt hat.

Als Alpenkonvention können wir in dieser Auseinandersetzung unsere Stimme erheben. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung und das spricht gegen eine zu große Anzahl an Lkw. Aber ob das in Brüssel eine große Rolle spielt, bin ich mir nicht sicher.

Schlosser: Wenn ich sie als Journalist zu einem bestimmte Thema anrufe und frage, was sagt die Alpenkonvention dazu - positionieren sie sich?

Onida: Persönlich ja, aber als Sekretariat ist das schwierig. Wir sind keine NGO, wir sind eine GO. Den Unterschied sehen die Leute manchmal nicht. Die CIPRA ist eine NGO, sie können sagen was sie wollen, wir sind ein Sekretariat, das abhän-

Schlosser: Wie sehen sie ihr künftiges Verhältnis zu den NGOs?

Onida: Sehr positiv. Zuerst müssen wir sehr dankbar sein, ohne NGOs, ohne CIPRA, würde die Alpenkonvention nicht existieren. Wir haben eine sehr positive Beziehung. Das Ziel von mir und Regula Imhof ist, dass wir keine Duplikation machen wollen. Die CIPRA leistet sehr viel Kommunikationsarbeit und es wäre sinnlos, würden wir auch mit einer Zeitschrift oder einem E-Mail-Newsletter anfangen. Wir spielen verschiedene Rollen. Insgesamt bin ich sehr froh über die NGOs in den Alpen. Sie sind wirklich sehr motiviert und arbeiten sehr viel.

Schlosser: Zurück zu den Inhalten: Welche Rolle kann die Alpenkonvention beim Thema Klimawandel spielen.

Onida: Klimaentscheidungen spielen in Kyoto und den Hauptstädten. Die Regionen und Gemeinden können keine zusätzlichen Ziele für verbindliche Reduktionen festlegen, aber sie können freiwillig und praktisch in diese Richtung arbeiten. Den Mehrwert der Alpenkonvention sehe ich darin, die Verbindung der Hauptstädte mit den Regionen und Gemeinden herzustellen. Unseren Aktionsplan Klimawandel sehe ich als Kommunikationsprojekt, es macht keinen Sinn ein neues Kyoto in den Alpen zu machen, denn wir

haben keine Macht. Aber wir können die Gemeinden in diesen Prozess bringen. Wenn eine Gemeinde eine gute Idee hat, können wir sie allen anderen Gemeinden vermitteln und dadurch insgesamt zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen.

Schlosser: Letzte Frage. Alpenkonvention und Tourismus?

Onida: Das ist das Hauptthema der französischen Präsidentschaft. Für mich ist das vielleicht das Schlüsselprotokoll, es ist die Verbindung zwischen Ökologie und Ökonomie. Es gibt niederländische Vereine, die nicht mehr in bestimmte Skigebiete kommen, weil diese zu viele Schneekanonen haben. Das sind Entwicklungen, die wir nutzen sollten, um Lenkungsmaßnahmen zu forcieren. Das ist nicht leicht, weil die große Menge der Touristen ist nicht so an Umweltmaßnahmen interessiert, aber trotzdem müssen wir es versuchen. Auch deswegen, weil der Tourismus in den Alpen die wichtigste Lebensgrundlage der Menschen ist. Wir machen auch schon einiges. „Alpine Pearls“ zum Beispiel verbindet Gemeinden, die sich mit nachhaltiger Mobilität beschäftigen. Das ist



ein positiver Wettbewerb und ein Beispiel dafür, was wir als Ständiges Sekretariat unterstützen können.

Schlosser: Danke für das Gespräch.

Bergpartnerschaften mit konkreten Ergebnissen

von Hannes Schlosser

Mit der Konferenz von Berchtesgaden hat die Alpenkonvention vor fünf Jahren den Auftakt zur Entwicklung von internationalen Bergpartnerschaften gesetzt. Eingebettet sind diese Aktivitäten in die „Mountain Partnership“, einem Dachverband von Staaten, zwischenstaatlichen Organisationen und NGOs, die auf der Grundlage des Aktionsplans der Konferenz von Johannesburg 2002 zusammenarbeiten, um weltweit die nachhaltige Entwicklung von Berggebieten voranzubringen.

Man war sich damals im UNO-Jahr der Berge in Berchtesgaden darüber einig, dass die Erfahrungen aus dem Alpenprozess, für andere Gebirgsregionen in der Welt nutzbar gemacht werden sollen. Zu den Ausgangsüberlegungen zählt, dass es bei den Bedingungen in den einzelnen Gebirgsregionen gemeinsame und trennende Aspekte gibt. Daher sind die seit 1991 in der Alpenkonvention gesammelten Erkenntnisse nicht ohne Weiteres in andere Regionen der Welt übertragbar. Man bedenke alleine

die ökonomischen Unterschiede die zwischen der Alpenregion und etwa zentralasiatischen Gebirgsregionen bestehen.

Schon 2002 in Berchtesgaden wurden „Zehn Grundsätze für die regionale Zusammenarbeit“ beschlossen. Unter anderem wird dabei eine regionale Ausrichtung von Projekten postuliert, klar formulierten Zielen das Wort geredet, mit Nachdruck auf die Bildung von Netzwerken verwiesen und die große Bedeutung von „Wissen, als Grundlage für das Verstehen von Zusammenhängen und die Entscheidungsfindung“ hervorgehoben.

Inzwischen hat die Alpenkonvention

im Sinne dieser Rahmenüberlegungen vor allem mit drei Gebirgsregionen Partnerschaften entwickelt: den Karpaten, dem Kaukasus und zentralasiatischen Gebieten.

Netzwerk der Schutzgebiete in den Karpaten

An der Karpatenkonvention sind alle Staaten beteiligt, die am Gebirgszug Anteil haben: Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Ukraine und Serbien. Nach den Alpen sind die Karpaten die zweite Gebirgsregion, die auf diese Weise gemeinsame Interessen entwickeln und umsetzen möchte.



Burg Rasnov inmitten der weitläufigen und unerschlossenen Südkarpaten.

Maßgeblich für das Zustandekommen der Karpatenkonvention waren das besondere Interesse der Ukraine und die Unterstützung des zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz in der Alpenkonvention führenden Italien. Am 6. Mai 2003 wurde in Kiew im Rahmen der 5. Europäischen Umweltkonferenz die „Konvention zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Karpaten“ unterzeichnet. Die Konvention ist ähnlich aufgebaut wie die Alpenkonvention: Die Rahmenkonvention enthält allgemeine Grundsätze und gemeinsame politische Maßnahmen und sie soll durch entsprechende Zusatzprotokolle präzisiert werden.

Schneller als seinerzeit bei der Alpenkonvention bereits am 4. Jänner 2006 in Kraft getreten, nachdem vier der sieben Mitgliedsländer (Ukraine, Tschechien, Ungarn, Slowakei) das Abkommen ratifiziert hatten.

Wolfger MAYRHOFER, der im Ständigen Sekretariat der Alpenkonvention für die internationalen Bergpartnerschaften zuständig ist, verweist auf einen wesentlichen Unterschied: Während die Alpenkonvention den mühsamen Weg geht, alle Dokumente in die vier Alpensprachen Französisch, Italienisch, Deutsch und Slowenisch zu übersetzen (zusätzlich vieles auch noch in Englisch), haben

sich die Vertragsstaaten der Karpatenkonvention darauf verständigt, alle Dokumente ausschließlich auf Englisch vorzulegen. Dieser Schritt vermindert Bürokratie und spart Kosten, birgt aber das Risiko, dass die Inhalte der Konvention schwerer mit den Regionen und der Bevölkerung kommuniziert werden können.

Die erste Vertragsstaatenkonferenz der Karpatenkonvention hat am 13.12.2006 in Kiew stattgefunden. Dabei wurde

die Gründung eines Netzwerks der Karpatenschutzgebiete beschlossen. „Für diese Entscheidung, waren nicht zuletzt die konkreten Vorarbeiten des Netzwerks der alpinen Schutzgebiete ursächlich, deren Task Force ALPARC seit 2006 an das Ständige Sekretariat der Alpenkonvention angegliedert ist“, betont Mayrhofer (Anm.: siehe auch Interview mit Marco ONIDA in diesem Newsletter).

Wesentliche Voraussetzung für die Gründung dieses Carpathian Network of Protected Areas (CNPA) waren zwei von ALPARC in der Slowakei und Rumänien organisierte Workshops. „Gegenstand des aktuellen



Projekts ist die Erstellung eines Internetauftritts und einer Broschüre samt Übersichtskarte für das Netzwerk der Karpatenschutzgebiete“ erläutert MAYRHOFER die derzeit laufende Kooperation.

Nächstes Jahr will das CNPA dann seine erste internationale Konferenz unter Beteiligung aller Schutzgebiete im Karpatenbogen abhalten.

Kaukasische Gemeindeallianz

Im Kaukasus konzentrieren sich die Aktivitäten auf den Aufbau eines Netzwerks zur nachhaltigen Dorfentwicklung. Eine Voraussetzung dabei ist, dass es in dieser Region keine Rahmenkonvention gibt und unter realistischer Betrachtung der politischen Gegebenheiten auch in absehbarer Zeit nicht geben wird. Das Projekt „Nachhaltige Entwicklung der Bergregion im Kaukasus - Lokale Agenda 21“ läuft seit 2004 in acht Dörfern bzw. Regionen. Es sind dies Yeniyol und Sis in Aserbaidschan, Shvanidzor und Elpin in Armenien, Chiora und Shatili in Georgien, sowie Stur-Digora und Bulungu in Russland.

karabach in den 1980er-Jahren und an den Streit zwischen Russland und Georgien um Süd-Ossetien.

Um so bedeutender ist es einzuschätzen, dass auf der Gemeinde-/Regionsebene eine Entwicklung möglich war, die im August 2007 in der Gründung der Kaukasischen Gemeindeallianz münden wird. Voraussetzung dafür war und ist, dass die großen politischen Spannungen auf der Ebene der Gemeinden nicht so wirksam sind und trotz unterschiedlicher nationalstaatlicher Entwicklungen die Gemeinden auf einem ähnlichen Entwicklungsniveau und vor ähnlichen Problemen und Perspektiven stehen.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Kaukasusregion reich an Kulturschätzen ist und als eine Wiege der Menschheit gilt. Neben allen politischen Spannungen kann von einer „kaukasischen Identität“ in der Bevölkerung gesprochen werden, wobei die Bergdörfer als Hüter der kulturellen Vielfalt und Identität gelten. Multikulturalität ist in der Region eine Grundvoraussetzung, nachdem es im Kaukasus an die 40 verschiedene Sprachen (nicht zu reden von den Dialekten) gibt.

Die Gründung der kaukasischen Gemeindeallianz ist vom alpinen Gemeindefeldnetzwerk „Allianz in den Alpen“ inspiriert. Nato Kirvalidse, Geschäftsführerin des Regionalen Umweltzentrums für den Kaukasus (REC Kaukasus) in Tiflis/Georgien hat in einem Beitrag für die Broschüre „Internationale Bergpartnerschaften“

(siehe auch Newsletter Nr. 45) die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten abgesteckt. Unter anderem führt Kirvalidse an:

- Entwicklung von effizienten Methoden der Selbstverwaltung
- Verbesserung des Lebensstandards
- Schutz der biologischen und kulturellen Vielfalt

- Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen den Mitgliedsdörfern
- Aktivierung der lokalen Gemeinschaften.

An der Gründungsversammlung der kaukasischen Gemeindeallianz im August werden Vertreter von alpinen und zentralasiatischen Bergdörfern teilnehmen. Letztere stehen in Zusammenhang mit dem ebenfalls im Aufbau begriffenen Gemeindefeldnetzwerk APOCA in den Ländern Kirgistan, Kasachstan und Tadschikistan.

Literatur

Internationale Bergpartnerschaften, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), 2006.

Berchtesgadner Erklärung über die Zusammenarbeit in Gebirgsregionen, 2002.

Memorandum of Understanding for the cooperation between the Alpine Convention and the Carpathian Convention

Carpathian Declaration, Kiew 2006.

IX. Alpenkonferenz, TOP 15, Internationale Bergpartnerschaften, Alpbach 2006.

Ein Füllhorn voll mit Sprachen

In Georgien wird eine romantische Legende erzählt, eine ihrer Versionen klingt etwa so:

Als Gott mit der Erschaffung der Welt fast fertig war, schickte er einen seiner zuverlässigsten Engel los, um der Welt ihre Sprachen zu schenken. Dazu bekam der Engel ein Füllhorn voll mit Sprachen und den Auftrag, im Flug über die Erde hin und wieder eine Sprache fallen zu lassen. Der Engel tat, wie ihm geheißen, doch in Sorge, es könnten ihm am Ende die Sprachen ausgehen, ging er ein wenig zu sparsam zu Werke. Er war schon überall gewesen und kam zu guter letzt hoch über dem Kaukasus an. Nun hatte er nicht wie befürchtet zu wenige Sprachen, sondern im Gegenteil, mehrere Dutzend Sprachen befanden sich noch in seinem Füllhorn. Kurz entschlossen drehte er sein Füllhorn um und wie ein warmer Regen ergossen sich die Sprachen über die Erde. Es waren so viele, dass in dem zerfurchten Gebirgszug fast jedes Tal eine eigene Sprache bekam. Deshalb werden im Kaukasus bis heute über vierzig verschiedene Sprachen gesprochen.



In den Bergregionen des Kaukasus wird eine nachhaltige Entwicklung angestrebt.

Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, dass es sich um eine Region handelt, die von großen politischen Spannungen geprägt ist und es ein ganzes Bündel an Konflikten gibt, die derzeit bestenfalls als eingefroren zu betrachten sind. Erinnerung sei hier nur an die gewalttätig ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Enklave Berg-





Verkehr durch die Alpen - Entwicklungen, Auswirkungen, Perspektiven

Flavio V. Ruffini/Sandra Lange/Ulrich Klammsteiner/MONITRAF-Projektteam (Hrsg.)

2005 hat das als INTERREG III B Programm konzipierte Projekt MONITRAF seine Arbeit aufgenommen. Beteiligt sind sieben Regionen (Rhone-Alpes, Piemont, Valle d'Aosta, Zentralschweiz, Tessin, Südtirol, Tirol). Das Projektgebiet umfasst die vier wichtigsten Transitzkorridore Brenner, Gotthard, Montblanc und Fréjus. Zentrales Anliegen, des mit 2008 befristeten Projekts ist es, den alpenquerenden Güterverkehr in allen Aspekten zu untersuchen und gemeinsame Maßnahmen zu erarbeiten, die zu einer Reduktion der Belastungen führen. Dabei soll „eine Verschiebung des Problems von einem Korridor zum anderen unbedingt vermieden werden“. Im April 2007 hat eine MONITRAF-Konferenz in Innsbruck stattgefunden.

Der vorliegende Band ist ein erster Zwischenbericht und fasst die Konferenz „Transport across the alps“ aus dem Dezember 2005 in Luzern zusammen. „Der Komplexitätsgrad ist im System Verkehr sehr groß und die wenigsten Probleme sind im Verkehrssystem selbst zu lösen“, betonten Flavio Ruffini und Sandra Lange von der Eurac in Bozen. Sie und andere AutorInnen verweisen auf den engen Zusammenhang von Verkehrsaufkommen und wirtschaftlichem, sowie politischem System. Interessant ist eine Analyse von Lutz Ickert (ProgTrans Basel), der zum Schluss kommt, dass von den 70 Mio. Tonnen des alpenquerenden Straßengüterverkehrs rund zwei Drittel nicht aus dem Massengutbereich kommen, „sondern kleinteilig und diversifiziert sind“. Dabei handle es sich um Waren, mit einer hohen Wertschöpfung, bei denen die Transportzeit eine hohe Rolle spiele. Besonders interessant ist der Überblick, den das Buch durch seinen alpenweiten Blick bietet, wobei in fast allen Parametern von den Tonnagen bis zu den Schadstoffen der Brenner die Spitzenposition einnimmt. Zu den noch nicht im Detail ausgearbeiteten „notwendigen Strategien der Schadensbegrenzung“ zählen Verlagerung auf die Schiene, Alpentransitbörse und gezielte Fahrverbote.

Format: 24 x 17 cm, 2007, 161 S., € 25,60, ISBN: 10-3-258-07145-4, Haupt Verlag, Bern/Stuttgart/Wien.



Den Wert der Alpenlandschaft nutzen

Helen Simmen/Felix Walter/Michael Marti

Das Schweizerische „Nationale Forschungsprogramm 48“ beschäftigt sich in einer Reihe interdisziplinärer Studien mit den „Landschaften und Lebensräumen der Alpen“. Die vorliegende Publikation hat die ökonomischen Aspekte der Nutzung des Alpenraums zum Thema. Wie häufig in Publikationen aus der Schweiz ist durch das unterschiedliche juristische und politische System und den fehlende Vergleich mit österreichischem Zahlenmaterial der praktische Nutzen begrenzt. Trotzdem liest sich das Buch für alle, die an der Entwicklung des alpinen Raums interessiert sind überaus spannend, weil es hierzulande wenig diskutierte Fragen von höchster Brisanz aufwirft.

In der Schweiz liegen die Einkommen im Alpenraum um 21 Prozent unter jenen in der übrigen Schweiz. Würden die Transferzahlungen wegfallen wären es sogar 31 Prozent weniger. Tendenziell sind die Aussagen der Studien vor allem für jene Regionen pessimistisch, die als „Peripherie der Peripherie“ bezeichnet werden. Zentral zieht sich eine Aussage durch das Buch: „Die traditionelle alpine Landschaft hat unter heutigen Rahmenbedingungen einen geringen ökonomischen Wert.“ Dabei wird das auch in Österreich wohlbekannte Dilemma aufgezeigt, wonach Berglandwirtschaft und naturnaher Tourismus eine relativ geringe Wertschöpfung bringen, weshalb für manche Regionen „ein wirtschaftliches Überleben langfristig nicht gesichert“ ist. Zugleich ist aber auch die intensive touristische Nutzung keineswegs ein sicherer Weg für wirtschaftlichen Erfolg und „zudem führt diese Nutzungsform häufig zu einschneidenden Veränderungen in der Landschaft“.

Beim Landschaftsschutz kommen die AutorInnen zum Ergebnis, dass „Landschaft noch konsequenter als Ressource wahrzunehmen“ sei, bei der ein „Gleichgewicht zwischen Schutz und nachhaltiger Nutzung anzustreben ist“. Als Mangel wird das Fehlen von Landschaftsqualitätszielen bezeichnet, die als Voraussetzung für regionale und lokale Entwicklungsziele betrachtet werden.

Format: 20 x 24 cm, 2006, 212 S., € 33,-, ISBN: 978-3-7281-3080-8, vdf Hochschulverlag an der ETH Zürich.

Bildnachweis

GEOSPACE Beckel Satellitenbilddaten: S. 1
Tourismusverband Großarlal: S. 2 (o)
Gesellschaft f. ökologische Forschung Münschen: S. 2 (u)
M. Grünwald: S. 6
H. Schlosser: S. 3-5
R. Meindl: S. 7

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Bei Unzustellbarkeit retour an:
Alpenkonventionsbüro
c/o Österreichischer Alpenverein
Wilhelm-Greil-Strasse 15
A-6010 Innsbruck

